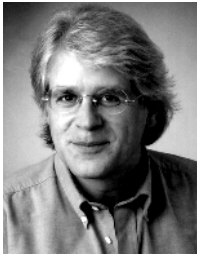

FORUM: Hartz-Kommission

Heinz-J. Bontrup/Ralf-M. Marquardt: Hartz und die vulgär neoliberale Ideologie des Arbeitsmarktes



Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, geb. 1953 in Haltern/Westfalen, Studium der Betriebswirtschaft und Wirtschaftswissenschaft in Bielefeld und Bremen, lehrt Betriebswirtschaft insbesondere Personalwirtschaft und Organisation an der Fachhochschule Gelsenkirchen; Forschungsschwerpunkte: Beschäftigungstheorie, Entgeltpolitik und Mitbestimmung.



Prof. Dr. Ralf-M. Marquardt, geb. 1962 in Duisburg-Rheinhausen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Bielefeld, lehrt Volkswirtschaft und quantitative Methoden an der Fachhochschule Gelsenkirchen; Forschungsschwerpunkte: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Geldpolitik und Außenwirtschaftspolitik.

Seit es in den 1980er-Jahren weltweit zu einem Paradigmenwechsel in der ökonomischen Wissenschaft und Politikberatung gekommen ist, regiert ein neoklassischer bzw. vulgärer Neoliberalismus, der die reine Lehre des Marktes hofiert und alles, was als Staat daher kommt, strikt ablehnt. Man kann mittlerweile schon fast eine Neurose diagnostizieren, wenn Neoliberale gebetsmühlenhaft den Markt und seine Wettbewerbsgesetze ohne jegliche kritische Reflexion anbeten. Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz spricht in diesem Zusammenhang von einem Papageien, dem man Anfang der 1980er-Jahre den Spruch „fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung“ beigebracht habe. Fast alle würden heute diese drei neoliberalen Begriffe in normativer Absicht nachplappern. Galt in der Ökonomenzunft noch bis Mitte der 1970er-Jahre die feste Überzeugung, dass Märkte oftmals nicht störungsfrei funktionieren und es deshalb der staatlichen Intervention bedarf - und dies nicht nur im Rahmen einer antizyklischen Fiskalpolitik -, so wird heute mit ideologischer Inbrunst die angebliche Überlegenheit des Marktes behauptet, obwohl die Realität etwas ganz anderes zeigt, nämlich zunehmende Konzentrationsprozesse und Marktvermachtung, eine immer größere Ohnmacht der Verbraucher, das Gegenteil einer vielzitierten Konsumentensouveränität und immer noch so gut wie keine Internalisierung der Umwelt in ein vielfach nicht funktionierendes Preissystem. Das größte

Problem ist aber die sich immer weiter verfestigende Massenarbeitslosigkeit. Wirtschaftspolitik ist trotz dieser Fehlentwicklungen zu einer fast reinen Angebotspolitik degeneriert, die dem Kapital in regelmäßiger Einseitigkeit zu optimalen Profitverwertungsbedingungen verhilft. Selbst in konjunkturellen Abschwungphasen ist der Staat heute weitgehend nicht mehr bereit, adäquat entgegen zu steuern. So kommt es zu einer kontraktiven Wirtschaftspolitik, welche die immanent kapitalistische Krise nicht entsondern verschärft. Geradezu ein Paradebeispiel bietet dabei die Bundesrepublik: Geprägt von der Überzeugung, der Staat müsse sich um jeden Preis und ohne Rücksicht auf die Konjunktur aus dem Wirtschaftsablauf zurückziehen, scheut die Regierung derzeit nicht davor zurück, eine rezessive Entwicklung in Kauf zu nehmen. In diesem Kontext stellt Stiglitz, bezogen auf das gesamte unheilvolle neoliberale Milieu, fest: „Keynes würde sich im Grab umdrehen, könnte er sehen, was aus seinem Kind geworden ist.“¹

Ergebnisse neoliberaler Politik in Deutschland

Spätestens seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 erfolgte auch hierzulande eine wirtschaftspolitische Umorientierung hin zu einer „sich verstärkt auf die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft besinnenden“,² angebotsorientierten Politik. Als Allheilmittel galten damals wie heute: die Konsolidierung der Staatshaushalte durch Ausgabenreduktion, das Umstrukturieren der Staatsausgaben zugunsten höherer Investitionen, eine leistungs- und investitionsfördernde Umgestaltung des Steuersystems sowie Steuerentlastungen, eine umfassende Deregulierung und das Sichern der Geldwertstabilität.³ Versprochen wurde, durch die „grundlegende Neuorientierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“⁴ einen wesentlichen Beitrag zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Rückkehr zu einem dynamischen, sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum“⁵ zu leisten. An dieser Konzeption hat sich auch durch die rot-grüne Regierung nicht viel geändert. Im Unterschied zu damals, als die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte noch den Charakter eines wirtschaftspolitischen Instrumentes hatte, ist die Genesung der Staatsfinanzen heutzutage allenfalls zu einem wirtschaftspolitischen Ziel überhöht worden.

Die Ergebnisse dieser neoliberalen Politik sind gemessen an den Versprechungen erschreckend. Sowohl im zeitlichen Rückblick als auch im internationalen Vergleich ist die Wachstumsdynamik der deutschen Ökonomie überaus dürftig. Und auch bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sind seit über 25 Jahren keine Fortschritte zu erkennen. Diese „Geißel“ hat zu einem nachhaltigen Ausschluss von Menschen in unserer Gesellschaft geführt, einer geregelten und zumindest relativ sicheren Arbeit nachgehen zu können. Damit wird den Menschen ein Arbeitsplatz vorenthalten, an dem sie ihr gesellschaftlich gebildetes „Humankapital“ anwenden können, um sich damit durch bezahlte Arbeit eine eigene Reproduktionsbasis zu verschaffen und ohne gesellschaftliche Alimentierung zu leben. Dabei geht es zunächst nicht um eine sinnstiftende Arbeit oder um eine Selbstverwirklichung in der Arbeit, „sondern nur um die bloße Möglichkeit, durch gegenständliche Tätigkeit, und sollte sie auch noch so entfremdet sein, die materiellen Grundlagen der Existenz zu sichern und

1 Joseph E. Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 27.

2 Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Jahreswirtschaftsbericht 1983, Ziff. 13.

3 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1983, Ziff. 18.

4 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1983, Ziff. 1.

5 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1983, Ziff. 13.

dadurch in den Genuss der einzig verfügbaren öffentlichen Anerkennungsprivilegien zu gelangen. Eine Gesellschaft, die dieses Minimum nicht mehr anzubieten imstande ist, verspielt langfristig ihren moralischen Kredit, der für eine einigermaßen friedliche Konfliktregelung ihrer Interessenwidersprüche unabdingbar ist; unter solchen Verhältnissen wachsen Gewaltpotenziale sehr schnell. Seit Jahren dringt die Angst, durch Arbeitsplatzverlust aus dem gesellschaftlichen Ganzen vertrieben zu werden, in alle Poren unserer Lebenszusammenhänge. Dass der Entzug von Arbeit, ja schon der drohende oder phantasierte Arbeitsplatzverlust sozialpsychologisch eine „depressive Dynamik“ in den Individuen auslöst, (...) scheint heute die Gesamtgesellschaft in ihren charakteristischen Merkmalen zu kennzeichnen. Entzug von Arbeit bedeutet, darin sind sich wichtige psychologische Studien zu den Folgen der Arbeitslosigkeit einig, nichts weniger als Realitätsentzug. Angst vor Realitätsentzug erzeugt wiederum erhöhte Bereitschaft zu Anpassung und Überanpassung.“⁶ Arbeitslos zu sein, führt bei den Betroffenen aber auch zu Schmach und Scham. Arbeitslose haben eben selbst Schuld, dass sie arbeitslos sind. So werden sie gesellschaftlich ausgeschlossen und letztlich dazu gebracht, „sich als der Gesellschaft unwürdig zu betrachten, vor allem aber als verantwortlich für ihre Situation, die sie als erniedrigend und sogar verwerflich ansehen. So beschuldigen sie sich selbst der Sache, deren Opfer sie doch sind. (...) All das (und das ist keineswegs harmlos) bewirkt bei Arbeitslosen die Schmach und das Gefühl der Unwürdigkeit, das zu äußerster Unterwerfung führt. (...) Sie greift an der Wurzel an und untergräbt jede Tatkraft, sie degradiert Menschen zu beliebig beeinflussbaren Objekten und reduziert alle, die unter ihr leiden, zur wehrlosen Beute. Daher ihr Reiz für die Mächtigen, sich ihrer zu bedienen und sie zu verbreiten; sie erlaubt es, Gesetze aufzustellen, ohne auf Gegner zu stoßen, und sie dann zu übertreten, ohne Protest befürchten zu müssen. Die Schmach führt in eine ausweglose Situation, sie verhindert jeglichen Widerstand, führt dazu, dass jegliche Bekämpfung, jegliche rationale Beschäftigung, jegliche Auseinandersetzung mit dem Problem aufgegeben wird. Sie lenkt von allem ab, was es ermöglichen würde, sich der Erniedrigung zu verweigern und eine Analyse der herrschenden politischen Verhältnisse zu fordern. Und sie ermöglicht auch die Ausnutzung der Resignation und der virulenten Panik, ihrem Nebenprodukt. Die Scham sollte an der Börse gehandelt werden: Sie ist ein wichtiger Grundstoff des Profits. Sie ist ein stabiler Wert, genau wie das Leid, das sie hervorruft oder von dem sie hervorgerufen wird“.⁷

Bedeutung des Vollbeschäftigungsziels

Trotz dieser Tatbestände haben sich politische und auch wissenschaftliche Apologeten, die bereits nebulös vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ reden, offensichtlich längst mit dem Zustand von Massenarbeitslosigkeit abgefunden. Kapitulierend wird der Arbeitsmarkt als ein isolierter Mikrokosmos betrachtet, auf dem man nur den vielfach beschworenen Marktkräften zum Durchbruch verhelfen müsse. Solange die Strukturen hier jedoch zu verkrustet bleiben, dürfe man sich nicht wundern, wenn Erfolge ausbleiben. Die Verantwortung liege in diesem Fall bei denjenigen, die ein Aufbrechen der Sklerose verhindern - gemeint sind damit in erster Linie die Gewerkschaften.

6 Oskar Negt, Arbeit und menschliche Würde, 2. Aufl., Göttingen 2002, S. 15.

7 Viviane Forrester, Der Terror der Ökonomie, München 1998, S. 13f.

Auf der Kapitalseite kann manch einer mit Arbeitslosigkeit bestens leben. Diszipliniert sie doch Gewerkschaften und Arbeitnehmer nicht nur beim Arbeitsentgelt, sondern auch bei den Arbeitsbedingungen, die schon heute in vielen Fällen als prekär einzustufen sind. Diejenigen, die sich von Vollbeschäftigung längst verabschiedet haben, plädieren deshalb auch für eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen, die Entwicklung von Grundsicherungsmodellen und/oder den Ausbau des Dienstleistungssektors mit entsprechend niedrigen Arbeitsentgelten, womöglich generiert durch mehrere Arbeitsverhältnisse oder „Mac-Jobs“ à la USA. Wer sich hiermit nicht zufrieden gibt, sondern im Gegenteil davon überzeugt ist, dass Arbeitslosigkeit kein schicksalhaftes und schon gar kein gesellschaftlich hinnehmbares Phänomen, sondern ein der grenzenlosen Profitwirtschaft und der neoliberalen Politik-Doktrin geschuldeter Tatbestand ist, wird nach Alternativen Ausschau halten. Dies allein deshalb, weil in marktwirtschaftlichen Ordnungen Unternehmen zwar Menschen entlassen können, die Gesellschaft als Ganzes dazu aber nicht in der Lage ist und sich insofern, neben grundsätzlichen gesellschaftlichen Problemen einer eventuellen Radikalisierung, eine Reihe von weiteren schwerwiegenden einzel- und gesamtwirtschaftlichen Problemen - nicht nur bei den Betroffenen selbst - ergibt. Zunächst einmal bedeutet nämlich Arbeitslosigkeit einzelwirtschaftlich betrachtet „eine materielle Einbuße (trotz Einkommensersatzleistungen), die mit steigender Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt (Eintritt in den Sozialhilfebereich) und die physische Existenz bedroht; nicht von ungefähr ist seit Jahren die Rede vom Entstehen einer „neuen Armut“. Hinzu kommt, dass sie - vor allem bei längerer Dauer - neben einer beruflichen De-Qualifizierung auch eine Perspektivlosigkeit für die Betroffenen auslöst und so gravierende psychische Belastungen mit erheblichen gesellschaftspolitischen Folgen (Radikalisierung, Kriminalisierung, Suchtgefahren) begründet. All diese Probleme wiegen umso schwerer, weil mit der amtlich ausgewiesenen Zahl der Arbeitslosen die tatsächliche „Betroffenheitsquote“ - mit Blick auf „Stille Reserve“ und Familienangehörige - nicht hinreichend abgedeckt ist. Die Probleme der Arbeitslosigkeit liegen zum Zweiten im gesamtwirtschaftlichen Bereich: Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur, dass der Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit sowie zusätzliche Nachfrage begrenzt und somit Teile eines möglichen realen Wachstumspotenzials „verschenkt“ werden. Hinzu kommt, dass Arbeitslosigkeit mit einer enormen Belastung der öffentlichen Haushalte einhergeht. Sie resultiert sowohl aus Mehrausgaben (für Einkommensersatzleistungen unmittelbar - und mittelbar, um mögliche gesellschaftliche Folgewirkungen zu verhindern und zu korrigieren) als auch aus Mindereinnahmen (Steuerausfälle, Rückgang des Sozialbeitragsaufkommens).“⁸

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Bei einer nicht adäquaten Bekämpfung von Arbeitslosigkeit führen schließlich die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Folgen von Unterbeschäftigung eine Gesellschaft immer mehr an den Rand einer destruktiven und zerstörerischen Entwicklung. Daher ist eine rationale

8 W. Glastetter, Recht auf Arbeit – Plausibilität versus Umsetzbarkeit, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 4/1998, S. 470. Mit Blick auf die verschenkten Wachstumspotenziale handelt es sich zudem um einen grundsätzlichen Antagonismus zum eigentlichen Sinn des Wirtschaftens: Während die Bedürfnisse des Menschen unbegrenzt sind, bewirkt erst die Begrenztheit von Produktionsfaktoren, dass Güter knapp sind und dass die Menschen wirtschaften müssen. Vor diesem Hintergrund Produktionsfaktoren ungenutzt zu lassen, ist nicht nachvollziehbar.

Analyse bezogen auf die Ursachen von Arbeitslosigkeit notwendig. Hierbei ist bei den Ökonomen, spätestens seit John Maynard Keynes im Jahr 1936 sein berühmtes Buch „The General Theory of Employment, Interest and Money“ veröffentlicht hat, bekannt, dass Arbeitslosigkeit nicht immanent auf den Arbeitsmärkten durch eine wie auch immer fehlgesteuerte Entwicklung von Angebot und Nachfrage oder gar durch vollbeschäftigungsinkonforme Löhne zustande kommen muss, sondern auch durch einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage entstehen kann. Arbeitsmärkte funktionieren aufgrund der Besonderheiten der Ware Arbeitskraft nicht wie Gütermärkte. Hier können sich bei einem Überangebot von Arbeitskräften wie bei anderen Waren nicht so ohne weiteres „markträumende Gleichgewichtslöhne“ herausbilden, die dann zu einer Vollbeschäftigung führen. Außerdem haben Arbeitsmärkte in Bezug auf Güter-, Geld- und Kapitalmärkte derivative Eigenschaften, d.h. sie hängen von ihrer Entwicklung nachhaltig ab. Sollte sich etwa ein Nachfragedefizit auf den Gütermärkten herausstellen und bedingt durch vermachtete Märkte ein Preissenkungswiderstand herausbilden oder sollte eine gesamtwirtschaftliche Preissenkung nicht zu einer Nachfragebelebung führen, wird sich das Güterangebot an die zu knappe Nachfrage anpassen. Im Zuge des Produktionsrückgangs werden „überschüssige“ Arbeitskräfte entlassen. In diesem Kontext auf die allein mikroökonomisch angezeigten Lohnzugeständnisse zu setzen, wäre vergeblich, da die entlassenen Arbeitskräfte ja schlicht und ergreifend nicht benötigt werden. Ohnehin ist zu bezweifeln, dass bei zu geringer Güternachfrage ein Rückgang der Löhne weiter hilft. Gesamtwirtschaftliche Lohninbußen bedeuten zugleich auch einen Einbruch bei der Massenkaufkraft, wodurch die Ursache der konjunkturellen Arbeitslosigkeit weiter verschärft wird.

Der Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage ist dabei häufig das Ergebnis eines nicht gelösten Verteilungsproblems bzw. einer fehlgeleiteten funktionellen und personellen Einkommensverteilung und den darauf aufbauenden Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte. Der Marktmechanismus, der die Aufteilung des Volkseinkommens in Löhne und Profite und seine Verwendung als Konsum oder Investition besorgt, ist zumindest mittelfristig nicht in der Lage, ein stabiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu garantieren. Deshalb, so Keynes, muss der Staat in einer konjunkturellen Krisensituation, die als eine Überakkumulationskrise bezeichnet werden kann, in den versagenden Marktmechanismus durch die Schaffung kreditfinanzierter staatlicher Nachfrage intervenieren, um so die aufgetretene deflatorische Lücke zu schließen. Verstärkt werden sollte der ganze Mechanismus durch eine abgestimmte expansive Geldpolitik, die auf Zinssenkungen setzt. Dies bekämpft aber nur die konjunkturellen Probleme der Arbeitslosigkeit.

Die langfristige Ursache der Arbeitslosigkeit, auch als strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet, hat ihren Ursprung in einer im Vergleich zum realen Wirtschaftswachstum zu hohen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Der tiefere Kern der innewohnenden Krisenentwicklung ist dabei aus der produktions- und nachfragestrukturellen Dynamik zur Durchsetzung von Produktivkräften in kapitalistischen Systemen ableitbar. Hier kommt es zu einer überzyklisch sinkenden gesamtwirtschaftlichen Kapitalverwertung.⁹ Langfristig betrachtet muss immer mehr Technik (Kapital) in Relation zur Arbeit zum Einsatz gebracht werden, um eine entsprechende Gewinnmasse am Markt zu realisieren. Hierdurch entsteht strukturelle Arbeitslosigkeit in Form eines Substitutionseffektes. Durch die dabei erfolgende verstärkte Anwendung von Prozessinnovationen steigt letztlich die Kapitalin-

9 Vgl. H.-J. Bontrup, Zur säkularen Entwicklung der Kapitalrentabilität, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2001, S. 718ff.

tensität schneller als die durch den Technikeinsatz generierte Arbeitsproduktivität. Dies ist gleichbedeutend mit dem gesamtwirtschaftlichen Ergebnis, dass der Kapitalkoeffizient, der das Verhältnis zwischen Kapitalstock (Anlagevermögen) und der gesamtwirtschaftlichen Produktion bzw. dem Sozialprodukt anzeigt, steigt bzw. der mathematische Kehrwert des Kapitalkoeffizienten, die Kapitalproduktivität, sinkt. Hieraus wiederum folgt, dass eine zumindest konstante Profitrate bei einem steigenden Kapitalkoeffizienten (= sinkende Kapitalproduktivität) nur dann möglich ist, wenn die gesamtwirtschaftliche Lohnquote sinkt bzw. im Umkehrschluss die Gewinnquote steigt. Kommt es zu einer solchen Umsetzung, läuft das System in eine Sackgasse. Die bereits vorhandene Verteilungsschieflage zwischen Lohn- und Gewinnquote wird durch die weitere Umverteilung bzw. das Sinken der Lohnquote zusätzlich vergrößert, womit es zu einer weiteren Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage kommt. Trotz eines womöglichen Exportventils impliziert dies einen schleichenden Investitionsattentismus, d.h. es bleiben beschäftigungsschaffende Erweiterungsinvestitionen aus. Die verbliebene Gewinnmasse sucht wegen mangelnder binnenwirtschaftlicher Absatzchancen ihr Heil in Finanzanlagen und Unternehmensaufkäufen, um hierdurch die Marktposition im Wettbewerb zu stärken.¹⁰ Auch dies löst Entlassungen und einen weiteren Aufbau an Arbeitslosigkeit aus. Letztendlich kommt es zu tendenziell sinkenden Wachstumsraten, die zu Steuerausfällen führen und den Staat in eine zweifache Zwangslage versetzen: erstens durch die Steuerausfälle selbst und zweitens durch die immer größer werdende Alimentierung der arbeitslos gewordenen Menschen. Dass hierdurch dann zusätzlich die Sozialversicherungshaushalte in große Probleme geraten, erübrigt sich fast schon zu erwähnen bzw. ist ein trivialer, aber schwerwiegender Tatbestand.

Hartz-Kommission als marktradikaler Heilsbeter

Trotz dieser Erkenntnisse versucht man mittlerweile seit über 20 Jahren mit einer neoklassischen bzw. neoliberalen Heilslehre der Arbeitslosigkeit entgegen zu treten. Die verschriebene Therapie von Lohn- und Lohnnebenkostensenkungen, drastischen Staatsausgabenkürzungen, Deregulierungen, Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Steuersenkungen - insbesondere bei den Gewinnsteuern - haben die Arbeitslosigkeit allerdings nicht gesenkt. Jeder Naturwissenschaftler würde spätestens nach einem zum dritten Mal fehlgeschlagenen Laborversuch seine dem Versuch unterlegte Theorie über Bord werfen. Dies fällt neoliberalen Ökonomen aber nicht ein. Stattdessen flüchten sie sich in das „Totschlagargument“, die vorgeschlagene Politik sei eben nicht konsequent genug umgesetzt worden. Diese Argumentation hilft in einer sachlichen Auseinandersetzung jedoch nicht wirklich weiter. Denn so ließe sich jeder beliebige Fehlschlag der Wirtschaftspolitik im Nachhinein doch noch rechtfertigen. Es bleibt dabei: Die Daten sprechen jedenfalls nicht für die neoliberale Konzeption.

Dennoch versuchen die Protagonisten neoliberaler Politik, durch immer groteskere Theoriebildungen den Faktor Arbeit an die Wand zu spielen und dem Kapital als theoretischer „Hoflieferant“ dienlich zu sein. Der Gipfel ist dabei die Behauptung, mit noch mehr Umverteilung hin zu den Gewinnen, herbeigeführt durch einen Lohnabbau unterhalb der Produktivitätsraten, bei zusätzlicher Arbeitszeitverlängerung (entweder Wochen- und/oder Le-

¹⁰ Vgl. H.-J. Bontrup/E.-M. John, Wettbewerbsimperativ, Marktmacht und die Folgen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2002, S. 642ff.

bensarbeitszeit) und einer noch größeren Arbeitsmarktflexibilisierung (Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten) könne die Arbeitslosigkeit beseitigt bzw. zumindest spürbar gesenkt werden.

In diesen neoliberalen Kontext sind auch die Vorschläge der Hartz-Kommission einzuordnen. Um es vorweg zu sagen: Das so genannte Hartz-Konzept, ob „1:1“ umgesetzt oder auch nur „verwässert“, wie von Kapitalinteressenvertretern und von Hartz selbst zutiefst beklagt, sind durchweg nicht tauglich, zu einer spürbaren Verringerung der in Deutschland bestehenden Massenarbeitslosigkeit beizutragen. Und zwar ganz einfach deshalb, weil die Qualität des „Hartz-Gutachtens“ auf einer falschen Diagnose und Therapie beruht. Mit dem Ausbau von Leiharbeit, Ich-AGs (Unwort des Jahres 2002) und einer drastischen Kürzung der Arbeitsförderungsmittel (ABM, SAM) - dies trifft insbesondere die neuen Bundesländer - oder der Umwandlung von Arbeitsämtern in JobCenter sowie noch mehr Druck auf Arbeitslose in Form einer so genannten „flexiblen Sanktionierung“ sowie einer weiteren Absenkung von Lohnersatzleistungen, wird man weder dem konjunkturellen noch dem strukturellen Problem der Arbeitslosigkeit gerecht. Die von Hartz prognostizierte Zahl von 2 Millionen weniger Arbeitslosen bis 2005, die bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen angeblich erreicht werden könnte, ist eine Mär. Eher schon ist rein demographisch mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit aufgrund eines zurückgehenden Arbeitsangebots zu rechnen. Selbst die zurzeit von den deutschen Geschäftsbanken in einer bisher nicht für möglich gehaltenen Machtdemonstration verweigerte Weitergabe der durch die Europäische Zentralbank zur Belebung der Konjunktur vorgenommenen Leitzinssenkung hätte einen größeren Beschäftigungseffekt als die insgesamt in den Hartz-Konzepten vorgeschlagenen Kahlschläge gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten. Auch die von Arbeitsmarktfachleuten des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) eingeschätzten Effekte einer besseren und schnelleren Arbeitsplatzvermittlung durch effizientere Arbeitsstrukturen in den Arbeitsamt-Dienststellen bzw. durch ihre Umwandlung in JobCenter gehen mittelfristig (in den nächsten drei Jahren) von einem maximalen Beschäftigungseffekt in Höhe von 120 000 Stellen aus.¹¹ Vor dem Hintergrund einer rund sechs Millionen großen Arbeitsplatzlücke¹² in Deutschland, wäre dies allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Hartz-Kommission, in der übrigens die Vertreter von zahlreichen Arbeitsloseninitiativen nicht berücksichtigt wurden, dafür aber umso mehr Repräsentanten aus Unternehmens- und Bankvorständen, den Arbeitgeberorganisationen und Unternehmensberatungen à la McKinsey, ging es in ihren Vorschlägen scheinbar weniger um mehr Beschäftigung als um eine radikale ideologische Wende in der Arbeitsmarktpolitik im Interesse einer forcierten weiteren Profitpflege. Die Neuorientierung sollte im Auftrag der Regierung durch die Kommission vorbereitet werden. Das ist ganz und gar gelungen, dreht sich die gesamte öffentliche, politische und wissenschaftliche Debatte zum Arbeitsmarkt zurzeit doch nur noch um die „richtige“ Umsetzung der Kommissionsvorschläge und nicht um deren Ablehnung. Aus Sicht der Gewerkschaften müsste dies mehr als verwundern, wenn man die tiefere Grundüberzeugung, die den Ergebnissen der Hartz-Kommission in den 13 Modulen des Berichtes zugrunde liegt, betrachtet. Man könnte sie wie folgt überschreiben und zusammenfassen: Wie bekämpft man die Arbeitslosen, um zu mehr Beschäftigung zu kommen? Oder man

11 Vgl. IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot, IAB-Kurzbericht Nr. 14 vom 5.7.2002.

12 Vgl. H.-J. Bontrup./R.-M. Marquardt, Zur Problematik der Arbeitsmarktstatistik, in: Sozialer Fortschritt 12/2002, S. 315ff.

könnte auch formulieren: Wie man mit Leiharbeit und Niedriglohn einen noch flexibleren Kapitalismus schafft. Besonders erschreckend ist dabei, dass von der Kommission implizit zugrunde gelegte Menschenbild, das auch merkantilistische Ökonomen im 18. Jahrhundert auf ihre ideologischen Fahnen geschrieben hatten. Demnach besitzt ein bestimmter Typ von Durchschnittsmensch eine angeborene Abneigung gegen Arbeit. Er müsse regelrecht zur Arbeit erzogen werden. Wird ein solcher Typ arbeitslos, so fehlt ihm eine hinreichende Initiativkraft (Eigenaktivität und Flexibilität), um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Er würde sich in seiner Passivität asozial verhalten. Arbeitsmarktpolitik hätte deshalb mehr zu „fordern“, statt nur zu „fördern“. Durch neue Kriterien der Zumutbarkeit bei der Arbeitsaufnahme, Leistungskürzungen und einer Entdynamisierung des Arbeitslosengeldes sowie einer Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müsse ein entsprechender Druck auf Arbeitslose ausgeübt werden, schließlich sei der Grund für Arbeitslosigkeit ein Motivationsproblem der Arbeitslosen, so auch die Hartz-Hypothese. Bernard de Mandeville, einer der herausragenden Ökonomen des Merkantilismus, kam im 18. Jahrhundert zu ähnlichen Fehlerkenntnissen, als er schrieb: „Wenn die Menschen einen so außerordentlichen Hang zum Müßiggang und zum Vergnügen haben, aus welchem Grunde sollen wir dann glauben, dass sie arbeiten würden, wären sie nicht durch unmittelbare Notwendigkeit dazu gezwungen? Wenn wir einen Handwerker sehen, der nicht zu bewegen ist, vor Dienstag etwas zu tun, weil er Montag früh noch zwei Shilling von seinem letzten Wochenlohn übrig hat, warum sollten wir dann meinen, er wäre überhaupt dazu zu bringen, falls er fünfzehn oder zwanzig Pfund in der Tasche hat? Was würde bei diesem Lauf der Dinge aus unseren Manufakturen?“¹³ Die Antwort darauf gab Mandeville selbst: Nur durch eine rigorose Lohnpolitik, welche die Lohnhöhe nahe dem Existenzminimum definiert und einen nachhaltigen Druck auf die Arbeitskräfte ausübt, würden sie zur ständigen Arbeitsaufnahme gezwungen. Damit rückt die Diskussion in die Nähe der berüchtigten „Stammtische“, die - in Anlehnung an eventuelle Einzelerfahrungen - das Drückebergertum vorschnell als Hauptursache der Massenarbeitslosigkeit identifizieren. In ähnlicher Form dominiert auch in den Ergebnissen der Hartz-Kommission die Auffassung, „wonach geringere Lohnkosten und eine Deregulierung zu mehr Arbeitsplätzen führen bzw. (zu) hohe Lohnkosten und eine (zu) hohe Regulierungsdichte zumindest mit schuld an der hohen Arbeitslosigkeit seien. Explizit wird dies u.a. in den Empfehlungen hervorgehoben, Leiharbeit auszuweiten, sie für die Unternehmen kostengünstiger zu gestalten und durch die Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes von bisherigen Beschränkungen zu befreien, niedrig entlohnte Minijobs auszuweiten und eine neue Form der Scheinselbständigkeit zu fördern. (...) Das Papier ist (weiter) durch die Auffassung geprägt, dass Arbeitgebersubventionierung ein probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Dies wird deutlich in verschiedenen Angeboten an die Arbeitgeber zur Senkung ihrer Personalkosten zu Lasten öffentlicher Förderung – bis hin zum partiellen Ausstieg aus der paritätischen Beitragsfinanzierung (für Unternehmen mit positiver Beschäftigungsbilanz).“¹⁴ Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memo-Gruppe“) stellt bezüglich einer solchen Grundposition zur angeblichen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu Recht die folgenden Fragen: „Was ist das für ein Gesellschaftsprojekt, in dem prekäre Beschäftigung nicht begrenzt, sondern vielmehr ausgeweitet werden soll? Was ist das für ein Gesellschaftsvertrag, in dem von den Arbeitslo-

13 Bernard de Mandeville, *The Fable of the Bees*, London 1714 (in deutscher Übersetzung „Fabel von den Bienen“, 13. Aufl., Berlin 1806, S. 58).

14 Alexandra Wagner, Kritik bleibt nötig! Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 10-11/2002, S. 624f.

sen gefordert wird, während die Unternehmen gefördert werden? Was ist das für ein gesellschaftliches Leitbild, in dem vorgesehen ist, privaten Luxus (Putzfrauen), die sich nur Wohlhabende leisten können, gemeinschaftlich (über steuerliche Begünstigung) zu finanzieren und Arbeitslosen je nach „Beschäftigungsfähigkeit“ eine mehr oder weniger marginale Existenzsicherung (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) zuzubilligen?“¹⁵

Was tut wirklich not?

Erstens ist zu konstatieren, dass die bestehende Massenarbeitslosigkeit nicht durch eine ausschließliche Arbeitsmarktpolitik, sondern nur durch eine adäquate Beschäftigungspolitik bekämpft werden kann. Aktive und passive Arbeitsmarktpolitik hat hier nur eine flankierende Funktion. Insofern knüpft das Hartz-Konzept schon vom Ansatz her eher an Nebensächlichkeiten der Problematik an, es schlägt quasi eine falsche Schlacht. Zweitens muss zwischen konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit differenziert werden und drittens ist eine abgestimmte europäische Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik in Verbindung mit einer entsprechenden europäischen Beschäftigungspolitik in einem zukünftig noch massiv erweiterten europäischen Wirtschaftsraum notwendig.¹⁶ Um die konjunkturelle Komponente der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist eine kurzfristig aktive antizyklische Fiskalpolitik mit einer abgestimmten expansiven europäischen Geldpolitik von Nöten. Hierbei muss vorübergehend auch eine weitere Neuverschuldung hingenommen werden, selbst dann, wenn sie die Defizitquote des Maastricht-Vertrages von drei Prozent übersteigt. Eine ökonomisch vernünftige Begründung für diese willkürlich gesetzte Marke gibt es nämlich nicht. Dies erst recht nicht während eines konjunkturellen Abschwungs, weil die Vorgabe prozyklisch, d.h. krisenverschärfend wirkt. Und wenn sich eine Regel als falsch oder zu starr erweist, muss sie eben wieder abgeschafft werden. Selbst der Präsident der EU-Kommission hat in diesem Kontext ähnlich argumentiert. Aber auch eine steuerfinanzierte und damit haushaltsneutrale Staatsausgabenausweitung in Richtung von Infrastruktur, Umweltschutz und Bildung impliziert aufgrund des geringeren Steuereinnahm-multiplikators noch einen positiven Wachstumseffekt in Höhe der jeweiligen Staatsausgaben (Haavelmo-Theorem). Trotzdem muss der Staat bei langfristiger Betrachtung seine Einnahmenseite der Ausgabenseite anpassen. Dies ist von der rot-grünen Regierung sträflich vernachlässigt worden. Es wurden milliardenschwere Steuergeschenke an die Wirtschaft vergeben und nun wundert man sich in aller Naivität, dass diese Steuersenkungen nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung und damit wiederum zu mehr Staatseinnahmen geführt haben, sondern genau das Gegenteil eingetreten ist; es ist weniger Wachstum, es sind noch mehr Arbeitslose und eine desolante öffentliche Haushaltssituation bei gleichzeitiger Nichteinhaltung des Nettoneuverschuldungskriteriums zu beklagen. Wer Staatsverschuldung zumindest stoppen will, muss aber auch sagen, wer dies finanzieren soll. Hier bestehen unter Ausschluss des Auslands, das uns

15 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum: Gegen weiteren Kahlschlag bei der Arbeitsförderung – Hartz-Konzepte lösen Misere auf dem Arbeitsmarkt nicht. Sozialstaatliche Alternativen für mehr Beschäftigung, in: Memo-Forum. Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, Nr. 29 vom Dezember 2002, S. 1ff.

16 Vgl. dazu das Memorandum 2002 europäischer Ökonominen und Ökonomen, in: Memo-Forum. Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, Nr. 29 vom Dezember 2002, S. 16ff., sowie Rudolf Welzmüller, Für eine Europäische Wirtschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft Nr. 9/2002, S. 525ff., Achim Truger/Eckhard Hein, Koordinierte Makropolitik nach wie vor erforderlich, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft Nr. 9/2002, S. 534ff.

den Gefallen nicht tun wird, nur die Möglichkeiten, den zukünftigen Anspruch an das erwirtschaftete Sozialprodukt in Form einer Lohnkürzung (einschließlich der Sozialeinkommen) und/oder durch eine Profitkürzung zurückzuschrauben. Bisher hat es dabei den Anschein, dass Politik einseitig die Verschlechterung der abhängig Beschäftigten und der auf Sozialeinkommen angewiesenen Bevölkerungssichten im Blick hat.

Um neben der konjunkturellen auch der strukturellen Komponente von Arbeitslosigkeit Herr zu werden, ist hierzulande ein Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad erforderlich. Angesichts der Innovationsprobleme in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft¹⁷ - gerade in den zukunftsträchtigen Bereichen der Bio- und Gentechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik -, bedarf es einer effektiveren Nutzung des vorhandenen Sach- und Humankapitals. Die im internationalen Vergleich schwachen FuE-Quoten, aber auch die Missstände im Bildungssektor, weisen in die falsche Richtung. Sich hier allein auf die Wirtschaft zu verlassen, wäre kurzsichtig. Stattdessen ist eine offensive Forschungs-, Technologie- und Bildungspolitik dringend geboten.

Zudem ist grundsätzlich die Verteilungsfrage zu stellen. Ohne eine Umverteilung des bestehenden (nicht nur zukünftig erwirtschafteten) gesellschaftlichen Reichtums kann eine Umverteilung von Arbeit - und damit eine gerechte Verteilung von Anerkennung und Würde - nicht gelingen. Die sich unter globalen und liberalisierten Bedingungen immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich muss dringlich geschlossen werden. Zukünftig ist es nicht mehr akzeptabel, dass drei Prozent der deutschen Bevölkerung über rund 80 Prozent des Produktivvermögens (Fabrikanlagen, Maschinen etc.) verfügen. 365 000 Einkommensmillionäre, knapp ein halbes Prozent der Bevölkerung, besitzen inzwischen mehr als ein Viertel des bundesdeutschen Geldvermögens; sieben Millionen Menschen in Deutschland müssen hingegen mit weniger als 460 Euro im Monat auskommen. Und die Gewinne der Unternehmen, seit 1976 um 90 Prozent gestiegen, schlagen sich nicht in der immer wieder fälschlicherweise behaupteten Schaffung neuer Arbeitsplätze nieder. Die neoklassische G-I-B-Formel, „Gib mir heute mehr Gewinn, bekommst du morgen mehr Investitionen und übermorgen mehr Beschäftigung“ funktioniert eben nicht. Um deshalb den akkumulierten Reichtum in Deutschland im Sinne einer Wachstumsstrategie besser zu verteilen, sind eine nachhaltige Besteuerung des Vermögensbestandes und des vererbten Vermögens sowie eine Einkommensteuerreform notwendig, die untere Einkommen wirksam entlastet und höhere Einkommen belastet. Außerdem haben sich alle Unternehmen gemäß ihrer tatsächlichen Ertragskraft (wieder) am Steueraufkommen zu beteiligen. Begleitet werden muss dies alles durch einen radikalen Subventionsabbau zum Nachteil von Großunternehmen und der Umleitung der hierdurch frei werdenden Mittel in den Mittelstand, nicht zuletzt deshalb, um dadurch die bestehenden Strukturdefizite im Wettbewerb gegenüber Großunternehmen zumindest zum Teil zu kompensieren. Großunternehmen müssen außerdem durch eine rigorose Kartellpolitik in ihrem Marktmachtmissbrauch eingeschränkt werden, weil sie die steigende Produktivität nicht adäquat durch Preissenkungen weitergeben und somit von einer „relativen Inflation“ profitieren bzw. die Kaufkraft der Masseneinkommen unterminieren, die unbedingt zur Stärkung der Binnennachfrage benötigt wird. Und abschließend hinzukommen muss, nicht nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, eine durch die Tarifvertragsparteien durchgesetzte Lohnpolitik, die zumindest den verteilungsneutralen Spielraum garantiert und eine durch den Staat unterstützte Politik der

17 Vgl. Johann Welsch, Innovationsstandort Deutschland – Verpaßte Chancen?, in: WSI-Mitteilungen 1/1994, S. 12ff.

Arbeitszeitverkürzung, um die Effekte der steigenden Arbeitsproduktivität auch von dieser Seite her abzufedern. Dabei ist klar: Wer neben der Lohnfrage die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung stellt, stellt die Verteilungsfrage. Daran wird aber letztlich im Interesse aller in unserer Gesellschaft kein Weg vorbei gehen. Es sei denn, Deutschland entscheidet sich für einen Gang in die Eindrittel-Zweidrittel-Gesellschaft, in der ein Drittel der Gesellschaft von jeglicher Wohlfahrtsfunktion abgekoppelt würde. Noch können wir uns dagegen entscheiden.